Hakan Gürses

Von Göttern und der „Endstation Demokratie“

„Gäbe es ein Volk von Göttern, so würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regierung passt für Menschen nicht.“

Diese Worte schreibt Jean-Jacques Rousseau in seinem *Gesellschaftsvertrag.* Die Aussage des Philosophen klingt reichlich seltsam: Er scheint uns sagen zu wollen, Demokratie sei für die Menschen ein Luxus, wir verdienten sie erst gar nicht – als wären die Konzeption dieses politischen Systems und deren – zugegebenermaßen dürftige – Umsetzung kein menschliches Werk, sondern göttliche Offenbarung. Ich hätte diese vielzitierte Textstelle ohne Weiteres auf den durchaus widersprüchlichen Lebenskontext Rousseaus zurückgeführt, wäre nicht dieselbe Meinung in heutigen „westlichen“ Demokratien derlei verbreitet.

Die Demokratie gegen autoritäre, totalitäre, oppressive Herrschaftsformen verteidigen zu wollen, ist gewiss eine notwendige politische Einstellung. Sie als moralische Tugend oder als Anleitung zum richtigen menschlichen Leben zu lobpreisen, gemahnt allerdings an die Erzählform eines Märchens oder einer Legende. Es wäre fatal zu vergessen, dass Demokratie eine Gestalt des Staates und eine Herrschaftsform ist. Der wohl wichtigste Grund für die Überhöhung der Demokratie liegt in dem gegenwärtig besonders schlechten Image der Politik. Ich schlug in meiner letzten Kolumne vor, in einer Straßenbefragung die „Normalsterblichen“ – nach deren wohl gegensätzlicher *Bewertung* von Politik und Demokratie – nun mal erzählen zu lassen, *was* sie alles für Demokratie hielten. Ich bin zuversichtlich, es käme eine erstaunliche Liste heraus.

Seit einigen Jahren habe ich mir angewöhnt, Definitionen, Namen und Adjektive, die ich in meinen privaten wie beruflichen Plaudereien höre und die der Demokratie angedichtet werden, in ein Büchlein zu notieren. Folgende Wörter befinden sich u. a. in der „Schatzkiste“: Meinungsfreiheit, rechtliche Gleichheit, Menschenrechte, Rechtsstaat, Wahlen, Gewaltentrennung, ein (europäischer) Wert, Solidarität, Lebensform, der Gegensatz zur Diktatur / zum Autoritarismus / zum Totalitarismus, Geschlechtergleichheit, Abschaffung von Hierarchie, Toleranz, Fairness, Chancenvielfalt, Autonomie, Akzeptanz von Differenzen … Nur Gott ist gütiger und gnädiger als Demokratie, möchte man angesichts dieser Liste nachgerade pietätlos ausrufen.

Wenn die politische Ordnung *Demokratie* paradoxerweise derart „entpolitisiert“ wird, sind auch problematische Konsequenzen nicht weit entfernt. Die Überhöhung der Demokratie zu Ungunsten der Politik erleichtert etwa das Eintreten einer (folgenreichen) Enttäuschung und einer „Politikverdrossenheit“. Somit distanzieren sich Bürger_innen von der „politischen Form“ der Demokratie, statt sich ihr zu nähern. Die Politikvergessenheit lässt uns auch jene Möglichkeiten der Veränderung vergessen, die das Politische bietet, so auch die Wahrscheinlichkeit, dass Demokratie keine „Endstation“ in der Menschheitsgeschichte darstellen muss. Eine weitere Gefahr liegt darin, dass das ausschließlich positive, entpolitisierte Verständnis von Demokratie das Verstehen von jenen neuen autoritären Systemen erschwert, die durch „charismatische Führer“ wie Putin, Orbán oder Erdoğan zusammengezimmert wurden. Denn diese Regime, die wir als „repräsentative Diktaturen“ bezeichnen könnten, entstehen nicht als Gegensatz der Demokratie, sondern als deren – wenn auch eher kontingente – Folge.

Der Begriff *Politik*, der heute in vielen Bürger_innen „westlicher“ Demokratien negative Assoziationen hervorruft, hängt mit bestimmten politischen Praktiken und Ideen zusammen, die als starr, ideologisch verknöchert, korrupt, autoritär und dogmatisch wahrgenommen werden. In diesem Sinne hat Politik tatsächlich nichts von einer *Natalität* – eines „Neuanfangen-Könnens“ – an sich, die etwa für die Philosophin Hannah Arendt eine der wichtigsten Triebfedern des Politischen ausmachte. In ihren oft erprobten Formen verweist die Politik nicht auf Anfänge, auf keine neuen Wege der politischen Gestaltung, sie schärft uns im Gegenteil ein, dass es erforderlich sei, stets nur die vielfach betretenen Pfade zu beschreiten. Indem sie uns solche „todsicheren“ Pfade anbietet, tötet die Politik – wenn das politiktheoretische Wortspiel erlaubt ist – das Politische. Das bedeutet zudem die Einschränkung von Freiheit und Autonomie.

Demokratie ist – verstanden als ethische Norm, gute Lebensführung oder moralische Tugend – eine solche „tote“ Endform des Politischen, aber sie bildet mitnichten die letzte Station der Geschichte. Zugleich lässt die Notwendigkeit, Demokratie – verstanden als Herrschaftsform und politische Ordnung – gegen ihre immer manifester werdende Bedrohung durch autoritär-etatistische, repräsentativ-diktatorische Tendenzen zu verteidigen, keine weitere Diskussion zu.

Die Bedrohung der Demokratie ist abzuwehren, genauso wie ihre Überhöhung. Da wie dort kommt es darauf an, das Politische aus der Sandgrube der „Endstation Demokratie“ zu befreien.